Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei Abholung 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Bestellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 295. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 1—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr. ★ Postscheckkonto Nr. 13455 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile und Stellengesuche) aus den festgesetzten Tarifen. ★ Anzeigen sowie Beilagen bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Montag, 29. Juni 1925 — Nummer 6

Gegen monarchistische Reaktion und imperialistische Kriegsgefahr!

Ein offenes Wort an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

An den Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, z. H. des Herrn Hörsing, Magdeburg richtete die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes folgendes Schreiben:

Die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes hat beschlossen, sich mit folgendem Schreiben an Sie zu wenden:

In Deutschland ist die Gefahr der monarchistischen Reaktion in ihrem Anwachsen begriffen. Die Wahl Hindenburgs hat eine entscheidende Wendung zugunsten der Rechtsorganisationen gebracht. Rein äußerlich tritt das in Erscheinung durch das häufigere und stärkere Auftreten der Rechtsverbände und durch deren Paraden, die durch die Teilnahme ehemaliger Prinzen und Monarchen zu offenen monarchistischen Demonstrationen gestempelt werden. Das provokatorische Vorgehen der Angehörigen der Rechtsverbände gegen Angehörige des Reichsbanners, des RFB. und anderer Arbeiterorganisationen und Institutionen (Ueberfall auf die sozialdemokratische Druckerei in Remscheid) ist ein weiteres Symptom des Erstarkens der Reaktion, Hand in Hand mit dem Anwachsen der monarchistischen Gefahr geht die

wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiter und Angestellten.

(Zölle, Steuerlasten, Lohnabbau, Raub des Achtstundentages.)

Wir Roten Frontkämpfer haben über die bestehende Republik eine von ihnen grundsätzlich verschiedene Ansicht! Doch haben wir ein Interesse an der Abwehr der monarchistischen Gefahr und an der Abwehr neuer wirtschaftlicher Lasten für das arbeitende Volk.

Die Lage für die werktätigen Massen in Deutschland wäre an sich für sich Grund genug, daß alle Organisationen, die sich in der Hauptsache aus Arbeitern und Angestellten rekrutieren, gegen die genannten Gefahren mit allen Mitteln ankämpfen.

Es kommt aber zu der innerpolitischen Situation noch verschärfend hinzu, daß über dem gesamten Proletariat

Die Gefahr neuer Kriege

schwebt. Die französischen Imperialisten habe durch ihren Raubzug ins Marokko bereits die Fackel zu einem neuen Weltkrieg entzündet. In China bereiten die imperialistischen Mächte einen neuen Unterdrückungsfeldzug gegen das chinesische Volk vor. Es handelt sich in beiden Fällen nicht um die Erhaltung der „Zivilisation". In beiden Fällen **handelt es sich vielmehr um imperialistische Raubzüge zwecks Ausbeutung der reichen Boden- und Naturschätze beider Länder.**

Wohl spielen sich die kriegerischen imperialistischen Konflikte momentan noch nicht auf deutschem Boden ab, doch haben wir genau so wie die unmittelbar beteiligten Völker als deutsche Arbeiterklasse das größte Interesse

gegen die imperialistischen Kriege

mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen und neuen Kriegsgefahren vorzubeugen.

Denn durch das Angebot, das die deutsche Regierung Frankreich in dem sogenannten Garantiepakt gemacht hat, ist auch für Deutschland die Gefahr einer unmittelbaren Einbeziehung in neue kriegerische Konflikte akut. **Wenn der Garantiepakt zum Abschluß kommt, ist damit festgelegt, daß Deutschland zum Aufmarschgebiet der imperialistischen Westmächte gegen Sowjetrußland wird.**

Die Internationale der Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer, die sich aus Sektionen der verschiedenen Länder zusammensetzt, veranstaltet jedes Jahr in der Zeit von Ende Juli bis Anfang August, der Jahrestag des Ausbruchs des letzten Weltkrieges, eine internationale Kampagne gegen neue imperialistische Kriege und Kriegsgefahren unter der Parole

Krieg dem Kriege.

Auch in diesem Jahre ruft das Exekutivkomitee der Internationalen Kriegsopfer zu einer

Antikriegswoche vom 26. Juli bis 2. August

im internationalen Maßstabe auf. **Sie wendet sich an alle proletarischen Parteien und Organisationen, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen den Krieg, zur Vorbereitung dieser Antikriegswoche zentrale und örtliche Aktionskomitees zur gemeinsamen Durchführung der Antikriegswoche zu bilden.**

Der RFB. als Organisation ehemaliger Frontkämpfer anerkennt angesichts der nationalen und internationalen Situation die Notwendigkeit der von der Kriegsopferinternationale vorgeschlagenen Maßnahmen und erklärt sich bereit, zur Durchführung derselben beizutragen.

Darüber hinaus schlagen wir dem Reichsbanner vor, seine Organisationen anzuweisen

jetzt schon praktische Maßnahmen gegen imperialistische Kriege vorzunehmen, indem sie gemäß Aufruf der Internationalen Arbeiterhilfe sich an der, von dieser Organisation eingeleiteten Sammelaktion für die nationale Befreiungsbewegung in China zu beteiligen.

Wir wissen, daß das Reichsbanner seiner politischen Einstellung und seiner Führung nach eine bürgerliche Organisation ist. Wir wenden uns trotzdem an Sie als Bundesvorstand, weil Ihre Organisation sich zum größten Prozentsatz aus Proletariern (Arbeitern und Angestellten) rekrutiert, die im Reichsbanner heute noch den sichersten Wall gegen Reaktion und Kriegsgefahr sehen.

Ihrem Programm nach verpflichtet sich die Organisation des Reichsbanners zum Schutze der Republik. Für die jetzige Situation heißt das politisch ausgedrückt:

Kampf gegen die monarchistische Reaktion.

Diesen Kampf wollen auch wir als Roter Frontkämpfer-Bund.

Weiter gibt das Reichsbanner vor, gegen neue Kriege und Kriegsgefahren anzukämpfen.

Um der Reichsbannerführung Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß auch sie diesen Kampf gegen den Krieg führen will, schlagen wir Ihnen, als Bundesvorstand vor, auf der Grundlage des Aufrufes der Internationale der Kriegsopfer, der Ihnen bekannt sein dürfte, Ihre Organisationen gauweise und örtlich zusammenfassen, für die Zeit vom 26. Juli bis 2. August gemeinsame Kundgebungen im Reiche gegen monarchistische und gegen die Kriegsgefahr unter der Parole

Krieg dem Kriege

gemeinsam mit unseren und anderen Arbeiterorganisationen zu veranstalten.

Wir sehen uns zu diesem Vorschlage umso mehr veranlaßt, weil wir den Bestrebungen der proletarischen Reichsbannerkameraden, eine einheitliche proletarische Klassenfront gegen monarchistische und Kriegsgefahr herzustellen, wie das in den letzten Wochen und Monaten durch gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen von RB. und RFB. in den verschiedensten Teilen des Reiches zum Ausdruck gebracht wurde, im Interesse der proletarischen Gesamtbewegung entgegenkommen wollen.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß ein großer Teil der proletarischen Anhänger des Reichsbanners im ganzen Reiche unseren Vorschlag freudig begrüßen und auch im Falle der Ablehnung desselben durch den Bundesvorstand des Reichsbanners mit uns und mit der übrigen Arbeiterschaft die Aktion gemeinsam durchführen werden. Wir sind in der Annahme umso gewisser, als zahlreiche Reichsbannerkameraden in Berlin, Hamburg, Wuppertal und anderen Orten bereits spontan die Notwendigkeit des proletarischen Waffenbündnisses gegen die Reaktion erkannt und durchgeführt haben, trotz entgegengesetzter Weisungen ihrer Führer.

An die proletarischen Kameraden des Reichsbanners wenden wir uns auch an dieser Stelle, in der eingeschlagenen Linie zur gemeinsamen proletarischen Kampffront weiterzuwirken und dafür wie auch für unsere Vorschläge des Offenen Briefes an den Bundesvorstand des RB. in ihrer Organisation tätig zu sein.

Wir schlagen Ihnen, als Bundesvorstand nochmals vor, Ihre Organisationen anzuweisen, gemeinsame Kundgebungen unter den Parolen

Nieder mit der monarchistischen Reaktion!

Krieg den imperialistischen Kriegen!

mit uns und den übrigen Arbeiterorganisationen durchzuführen und erwarten Ihre diesbezügliche Antwort.

Mit Rot Front!

Bundesleitung des RFB.

1. Vorsitzender: Thälmann

Was lehrt die Zolldebatte im Reichstag?

Von Arthur Rosenberg

In der Zolldebatte des Reichstages hat von den großen Parteien nur die KPD. mit offenen Karten gespielt. Alle anderen, die Deutschnationalen so gut wie die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei so gut wie das Zentrum haben ihre Stellungnahme zu den Hauptfragen verschleiert. Das ist leicht erklärlich. Es gibt nämlich in der Zollfrage 3 Programme: 1. **das Programm der w... tätigen Massen.** das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten und überhaupt der vielen Millionen Männer und Frauen, die als Konsumenten die Lasten des Zolltarifes zu tragen hätten. Für dieses Programm ist im Reichstag nur die kommunistische Fraktion eingetreten. Die Kommunisten sagen: Keine Lebensmittelzölle und keine Industriezölle! Höchstens ausgesprochene Luxuswaren, wie Champagner und Diamanten mag man mit Zöllen belegen. Außerdem: Fort mit der Umsatzsteuer! Die kommunistische Fraktion hat von Anfang an ganz bewußt mit der Zollfrage die Frage der Umsatzsteuer verbunden, dieser wahnwitzigen Abgabe, die mehr als alles andere die Lebenshaltung der werktätigen Massen in Deutschland verteuert. Nach einer amtlichen Berechnung der Regierung vom vorigen Herbst

steckten in jeder Mark, die der Arbeiter für Brot ausgab, acht Pfennige Umsatzsteuer.

In je hundert Mark, die ein Landwirt für eine Maschine ausgab, steckten 7 Mark Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer ist also genau so schlimm wie die Zölle. Wer dem schwer bedrängten Proletariat helfen will, muß nicht nur den Zoll abwehren, sondern auch die Umsatzsteuer beseitigen.

2. Haben wir im Reichstag **das Programm des Landbundes.** Der Landbund will hohe Getreidezölle; er will sich die Getreidezölle durch die sogenannte Bindung sichern lassen. Gewöhnliche Zollsätze stellen nämlich nicht das letzte Wort der betreffenden Regierung dar, sondern man kann sich durch Handelsverträge noch etwas abhandeln lassen. Wenn ein Zollsatz aber gebunden ist, so bedeutet dies, daß die deutsche Regierung in keinem Handelsvertrag mit irgendeinem fremden Staat unter den festgelegten Zoll heruntergehen darf. So will der Landbund sich die Zölle für die Hauptgetreidearten „mündelsicher" gestalten. Mit Hilfe des Grafen Kanitz hat der Landbund die gebundenen Getreidezölle in die Regierungsvorlage hereingebracht. Hinter dem Landbund steht ein Teil der Deutschnationalen sowie einige Vertreter der Deutschen Volkspartei. Dazu kommen Zentrumsagrarier, die verwandte Bestrebungen verfolgen.

3. Haben wir im Reichstag **das Programm der Industrie.** Die Industriellen wollen Zollschutz für die Industriewaren. Dabei zanken sich die einzelnen Verbände der Schwer- und Fertigindustrie um die Zollsätze, bei denen sie in jedem Fall am besten verdienen können. Diese speziellen Streitigkeiten werden in den Ausschußberatungen des Zolltarifes noch eine große Rolle spielen, aber für die politische Grundlinie können wir sie hier außer acht lassen. Die Industrie hat aber kein Interesse an ganz hohen Getreidezöllen, denn wenn der Arbeiter erst spürt, wie das Brot verteuert wird, stellt er Lohnforderungen, und das ist für die Industriellen mindestens peinlich. So hat der Reichsverband der deutschen Industrie, die allmächtige Spitzenorganisation des Unternehmertums ganz offen die gebundenen Getreidezölle abgelehnt. Im Reichstag beherrscht die Schwerindustrie die Deutsche Volkspartei. Sie hat starken Einfluß im Zentrum, eine starke Gruppe bei den Deutschnationalen. Die Fertigindustrie beherrscht die Demokraten; endlich ist die SPD., weil sie sich nur einen kapitalistischen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft denken kann, geneigt, in solchen Fragen mit der Industrie zusammenzugehen.

Diese Gegensätze erzeugten die Unsicherheit und das Schwanken, wie es in den Reichstagsdebatten zutage tritt. Der deutschnationale Redner vertrat aus Rücksicht auf den Landbund die Regierungsvorlage nebst den gebundenen Getreidezöllen, aber er hütete sich, zu sagen, was die Deutschnationalen tun werden, falls die gebundenen Getreidezölle scheitern. Die Landbundabgeordneten möchten in diesem Fall sofort in schärfste Opposition treten, aber Industriekönige, wie Hugenberg von der Firma Krupp und Dr. Reichert, der Syndikus der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie haben bei den Deutschnationalen auch noch ein Wort mitzureden.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. Schneider von den sächsischen Industriellen, begeisterte sich für die Industriezölle, er war im Prinzip auch für Zollschutz der Landwirtschaft, aber er schwieg sich beharrlich über den Zankapfel der gebundenen Getreidezölle aus. Ungefähr die gleiche Linie hielt der Zentrumsredner ein.

Endlich Herr Wissell von der Sozialdemokratie **wetterte gegen die hohen Getreidezölle, er ließ aber durchblicken,** daß seine Fraktion unter Umständen für maßvolle Indu-